

Die Bauern und die SPS : Entwurf für ein schweizerisches Agrarprogramm

Autor(en): **Winkler, Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339848>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mitmenschlichkeit, Beziehung der Geschlechter, Sexualität, Glück, Ausdruck der Gefühle und die Verbindung von Kopf und Bauch.

Die Alternativen haben auch einige der heiligen Kühe der sozialistischen Theorie geschlachtet, so z. B. das Wachstumsdenken, den Fetisch «Rationalität», die positive Einschätzung des Staates und seines Apparats und auch die lineare Fortschrittsgläubigkeit.

Sie hat ausserdem in Theorie und Praxis den Akzent des gesellschaftsverändernden Handelns aus den Organisationszentralen an die Basis zurückverlegt. Und in diesem Sinn ist die Selbsthilfe eigentlich das Schlüsselwort dieser Alternativbewegung.

Sie hat den Wert festgefügt der Theorien — auch gerade der sozialistischen — in Frage gestellt und dagegen den Wert konkreter Lebenserfahrung, von Wünschen, von Gefühlen und von Phantasien betont.

Rudolf Winkler

Die Bauern und die SPS

Entwurf für ein schweizerisches Agrarprogramm

Die Landwirtschaftskommission der SPS hat in einem vor kurzem fertiggestellten Entwurf für ein Agrarprogramm ihre Vorstellungen zu den grundsätzlichen Fragen der schweizerischen Agrarpolitik formuliert. Dieser Entwurf wird — nach Diskussionen mit Vertretern der SPS-Kommission für Konsumentenfragen und der Berggebietskommission und einer Diskussion in der Geschäftsleitung — den Kantonalparteien und Sektionen zugeschickt.

Sie hat die politische Propaganda verändert. Nicht mehr mit Flugblättern und mit gescheiterten Schriften, sondern mit einer konkreten Praxis — z.B. mit einer Hausbesetzung und Renovation — wird heute politische Propaganda gemacht, damit jeder gleich sehen kann, was geleistet worden ist. Der Aussenstehende, der «Spiesser» soll so erleben können, was alternativ heisst und soll so seine Ängste verlieren können.

Gegen den Attentismus — die Meinung der sozialistischen Bewegung, dass die Revolution aus den inneren Entwicklungen des Kapitalismus sich ergeben müsse — setzen die Alternativen ihren augenblicklichen Veräusserungswillen. Sie wollen nicht auf eine ferne Revolution warten, sondern ihr aktuelles — und es ist ja schliesslich unser einziges — Leben heute und sofort neu gestalten. Jerry Rubin hat es so formuliert: «Revolution als Veränderung gibt es immer, wir müssen nur endlich begreifen, sie zu leben.»

Währenddem es innerhalb der SP immer wieder Stimmen gab und gibt, die die Ansicht vertreten, Landwirtschaftspolitik gehöre wirklich nicht zu den ersten Prioritäten der SP, so stossen jene, die sich ernsthaft mit Umwelt- und Konsumentenfragen, oder auch mit den Bundesfinanzen — Landwirtschaft und Ernährung stellen mit rund 1,5 Mrd. Franken den fünfgrössten Ausgabenposten im Bundesbudget 1982 dar — beschäftigen, rasch auf die Tatsache, dass die Agrarfrage eine

beträchtliche Rolle spielt. Stichworte wie Nitrate im Salat, Hormone im Kalbfleisch, Gewässerbelastung durch Überdüngung, zeigen im weiteren, wie nah miteinander Agrar-, Konsumenten- und Umweltfragen verbunden sind. Im folgenden soll der Inhalt des Programmentwurfes kurz vorgestellt werden.

Hauptpunkte der Kritik

Zu Beginn des Entwurfs sind im Sinne einer Kurzanalyse die Hauptschwächen der bisherigen Agrarpolitik zusammen mit den daraus entstandenen Fehlentwicklungen skizziert. Unter dem Titel

Mit viel Aufwand am Ziel vorbei

wird gezeigt, warum in wachsenden Industriegesellschaften, in denen der Anteil am Einkommen, der für Grundnahrungsmittel ausgegeben wird, laufend zurückgeht, die Einkommenssicherung für die Bauern allein über die Preise zu Überproduktion führen muss. Dass der Bauer bei steigenden Preisen mehr produziert, liegt auf der Hand. Das Problem liegt aber darin, dass er auch bei sinkenden Preisen mehr produziert, um sein Einkommen zu halten. Eine Reduktion der Überproduktion ist somit über die Preise nicht zu erreichen. Deshalb musste — weil der heiligen Kuh Marktwirtschaft auch in der Landwirtschaft die Referenz erwiesen werden sollte — mit einer Fülle von Gesetzen, Vorschriften, Beiträgen und Subventionen an allen Ecken und Enden korrigiert, geregelt, gebremst und gefördert werden. Mit dem Ergebnis, dass die Haushalte nach einer Untersuchung von Bruno Altermatt pro Jahr mit 3,4 Mrd. durch die Agrarpolitik belastet werden, kaum mehr je-

mand den Überblick hat und zumindest die Gefahr von Missbräuchen erhöht ist.

Immer mehr als verhängnisvoll erweist sich auch die nach dem 2. Weltkrieg befolgte

*Devise: Mehr und grösser
gleich besser*

Während gegen eine rationelle und kostenbewusstere Betriebsführung und auch eine bestimmte Vergrößerung der Betriebe sicher nichts einzuwenden ist, führten mit hohem Kapitaleinsatz erfolgte Gebäude-sanierungen und Maschinenkäufe und eine Subventionspolitik, die oft aufwendige Lösungen noch förderte, zu einer Übermechanisierung und zu Produktionsmethoden, die höhere Erträge vor allem auch durch den Einsatz von nicht mehr erneuerbarer Energie, Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln erreichten. Die kapitalintensive Produktion führte zu einer Verschuldung der Schweizer Bauern, die viele von ihnen die Art ihrer Produktion nicht mehr frei entscheiden lässt. Sie sind Abhängige der Verschuldung, der Zinszahlungen und Amortisationen geworden. Dazu kommen die innerlandwirtschaftlichen Einkommensunterschiede, die z.B. ihren Ausdruck darin finden, dass nach Vital Gawronski «für die Dreijahresperiode 1978/80 ein Arbeitsverdienst ermittelt wurde, der je Tag und Arbeitskraft für Talbetriebe zwischen 106 und 109 Franken und für Bergbetriebe zwischen 59 und 62 Franken liegt.»

Problematische Agrarimporte

Weiter werden die Agrarimporte kritisch betrachtet, die zum Teil in den Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion für den eigenen Bedarf konkurrenzieren und die

Schweizer Bauern über die tiefen Preise zusätzlich zur Massenproduktion antreiben. Letzter der «Hauptpunkte der Kritik»:

Zu wenig Schutz für Selbstbewirtschafter

«Der landwirtschaftliche Boden ist nur ungenügend geschützt. Er ist gewissermassen die Restgrösse zwischen Bauzonen einerseits und Naturschutzgebiet und Wald andererseits.» Der landwirtschaftlich genutzte Boden schrumpft immer mehr. Und der Kampf um den verbleibenden Teil wird immer härter. Hauptleidtragender ist der Selbstbewirtschafter, der ausserhalb der Erbfolge keinerlei gesetzlichen Schutz oder bevorzugte Stellung geniesst. Zum Schluss dieser Kritik schreibt die Kommission: «Dies sind die Kernpunkte unserer Kritik. Bei ihnen muss vordringlich ange-setzt werden, damit ein Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse der Agrarpolitik gefunden werden kann. Unser Programm soll die Richtung zeigen, in der sich die zukünftige Agrarpolitik nach unseren Vorstellungen zu bewegen hat.»

Welches Ziel?

Mit dem Hinweis auf die gewünschte Richtung, in der sich die Landwirtschaft bewegen soll, stellt sich die Frage nach dem Ziel. Dieses wird so umschrieben: «Wenn wir als traditionelle Partei der Arbeitnehmer die Ziele für die Landwirtschaft formulieren, dann steht für uns ebenfalls an vorderster Stelle das Ziel der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden, vollwertigen und kostengünstig produzierten Nahrungsmitteln. Unsere Ziele sind dementsprechend bäuerliche Betriebe, die auf der Basis ihrer Nutzfläche preiswerte und gesunde Nahrungsmittel produzieren, die

den Belangen des Umweltschutzes und der Landschaftspflege ihre volle Aufmerksamkeit schenken, und die die Versorgungssicherheit in Zeiten gestörter Zufuhr gewährleisten.

Unsere Ziele sind Bauern und Bäuerinnen mit ihren Kindern, die partnerschaftlich zusammenarbeiten, die die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch zwischen den Betrieben voll ausnützen und die offen sind für neue Ideen und Möglichkeiten: Bauern und Bäuerinnen, die den Ideen der Selbstverwaltung in ihren Betrieben zum Durchbruch verhelfen.»

Drei Stossrichtungen

Es bestehen somit drei Hauptstossrichtungen: gesunde, vollwertige und kostengünstig produzierte Nahrungsmittel, umweltfreundliche Produktion und partnerschaftlich zusammenarbeitende Bäuerinnen und Bauern, wobei damit sowohl Familien wie auch andere Gruppen von Menschen gemeint sind.

Schöne Ziele formulieren ist das eine. Geeignete Massnahmen zu finden, um diesen näher zu kommen, das andere (und schwierigere). Nach Ansicht der SP-Landwirtschaftskommission sind vor allem in drei Bereichen Massnahmen notwendig, damit die Landwirtschaft sich in unserem Sinne entwickeln kann: beim Bodenrecht, in der Einkommenspolitik und beim Kampf gegen industriell produzierende Betriebe.

Bodenrecht: Priorität für den Selbstbewirtschafter

Im Buch «Kanada einfach. Die Bauern verlassen die Schweiz» von Werner Catrina wird auf den fast allen Schweizer Farmern eigenen Landhunger hingewiesen, der sie oft unvernünf-

tig grosse Landflächen kaufen lässt. Verständlich, kommen sie doch aus einem Land, in dem auch der landwirtschaftliche Boden zu Preisen gehandelt wird, die nicht aus der bäuerlichen Bewirtschaftung heraus bezahlt werden können.

Als Grundsätze für ein Bodenrecht, und insbesondere auch für ein landwirtschaftliches Bodenrecht, werden im Programm aufgeführt:

- «die Bereicherung von einzelnen durch Kauf und Verkauf von Boden soll verhindert werden. Es darf keine private Aneignung des Grundrentenzuwachses erfolgen

- die Nutzung des Bodens muss so erfolgen, dass sie dem öffentlichen Interesse entspricht oder zumindest diesem nicht entgegengesetzt ist

- der Entscheid, ob jemand Zugang zur Bodennutzung hat, muss von der Art der beabsichtigten Nutzung abhängig gemacht werden

- eine zu grosse Konzentration des Grundeigentums muss bekämpft werden.

Beim landwirtschaftlichen Bodenrecht sollte im speziellen dem Selbstbewirtschaftler Priorität eingeräumt werden. Ein Bodenrecht, das diesem Ziel entsprechen kann, muss dem Selbstbewirtschaftler sowohl den Erwerb wie die Erhaltung des für seine Existenz nötigen Bodens sichern und den Erwerb zusätzlichen Bodens davon abhängig machen, wie wichtig er für die Existenz der jeweils interessierten Selbstbewirtschaftler ist. Die Verwendung des Bodens als Kapitalanlage oder als Spekulationsobjekt muss verhindert werden.»

Kurzfristige Massnahmen

Möglichst rasch soll folgendes erreicht werden:

- Redimensionierung der Bauzonen, die ungefähr auf den

Bedarf der nächsten Generation ausgerichtet sind.

- Der Kauf und Erwerb landwirtschaftlicher Heimwesen und landwirtschaftlichen Bodens soll bewilligungspflichtig werden. Eigennutzer haben Priorität. Pächter und Arbeitnehmer sowie Dritte am Ort, die Selbstbewirtschaftler und flächenbedürftig sind, haben das Vorkaufsrecht zum Ertragswert oder zu einem von diesem nicht entscheidend abweichenden Preis. Tritt kein Selbstbewirtschaftler als Interessent auf, oder treten gravierende Verstösse gegen die Gesetze auf, so hat die Gemeinde das Vorkaufsrecht.

- Das Vorkaufsrecht für Familienmitglieder, die das Grundstück nicht selbst bewirtschaften, soll abgeschafft werden.

- Der Grundstückerwerb der öffentlichen Hand zugunsten der Landwirtschaft soll gefördert werden.

- Zur Sicherstellung einer umfassenden Landschaftspflege, der Verhütung von Vergandung und der regelmässigen Nutzung der Böden soll das Nutzungsrecht von Dritten und die Duldungspflicht im Falle von Nichtbewirtschaftung für alle landwirtschaftlich nutzbaren Böden gelten.

Die Diskussion ums Bodenrecht war in der Kommission recht hart. Auf weitergehende Forderungen wurde mit dem Argument verzichtet, sie sei bei der heutigen politischen Konstellation unrealistisch und mit einer Erfüllung der aufgestellten Postulate seien die wichtigsten Ziele zu erreichen.

Übersichtlichere Einkommenspolitik und mehr innerlandwirtschaftliche Solidarität

Aus der zu Beginn skizzierten Kritik geht hervor, dass Einheitspreise weder die Produk-

tionslenkung gewährleisten noch eine einigermaßen gerechte innerlandwirtschaftliche Einkommensverteilung sicherstellen können (das hält übrigens ein vom Schweizerischen Bauernsekretariat ausgearbeiteter Bericht über «Die Einkommensdisparität in der schweizerischen Landwirtschaft» mit deutlichen Worten fest — der Bericht ist immer noch nicht veröffentlicht! Grundsätzlich will die Landwirtschaftskommission eine Einkommenssicherung, die so angelegt ist, «dass industrielle Produktionsweisen unrentabel und die Produktion qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel auf der eigenen Futterfläche für leistungsfähige und vielseitige Bauernbetriebe interessant wird.»)

Grundsätzlich soll die landwirtschaftliche Einkommenspolitik das Ziel verfolgen, «die Anzahl Menschen, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdienen, nicht mehr wesentlich zu reduzieren.»

Erreicht soll das durch ein System werden, «das durch eine Kombination von Futtermittelbewirtschaftung, Preisdifferenzierung und direkten Einkommenszahlungen so angelegt ist, dass kein Anreiz zu Überproduktion entsteht und durch das die Produktion von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln gefördert wird.»

Dabei ist die Preisdifferenzierung (stufenweise abnehmende Preise, je höher die gelieferte Menge eines Produkts pro Produzent ist) «vorrangig für den innerlandwirtschaftlichen Einkommensausgleich — im Sinne einer vermehrten Solidarität zwischen grösseren und kleineren sowie Berg- und Talbauern — einzusetzen. Direkte Ausgleichszahlungen sollen zusätzlich dort ausbezahlt werden, wo über Preisdifferenzierung kein ausreichendes Einkommen gesichert werden kann. Sollten zur Sicherung der landwirtschaftli-

chen Einkommen zusätzliche finanzielle Mittel nötig sein, so sind diese grundsätzlich aus allgemeinen Bundesmitteln zu beschaffen. Eine direkte Mehrbelastung der Konsumenten soll nur im Ausmass von effektiven Qualitätsverbesserungen bei den Produkten erfolgen.»

Kampf gegen industriell produzierende Betriebe

«Der Idee einer der Natur angepassten und weitgehend auf der Basis der eigenen Nutzfläche produzierenden Landwirtschaft stehen industriell produzierende Agrarbetriebe diametral entgegen», steht im Entwurf. Dabei soll nicht Betrieben, die wenig eigene Futterfläche haben die Möglichkeit zur Aufstockung genommen werden, «sondern es geht um Betriebe, die völlig losgelöst von der eigenen Futterbasis mit weitgehend importierten und zugekauften Futtermitteln auf industrielle Art Fleisch und Eier produzieren.»

Massnahmen, um diesem Ziel näher zu kommen, müssen in diesem Falle nicht einmal mühsam erkämpft und unter dem Risiko, auf die Verliererbank gedrängt zu werden, durch die gemächlich mahelnden Mühlen unserer Institutionen gerettet werden, sondern es kann «bei den Massnahmen gegen industriell produzierende Betriebe auf die bestehende Gesetzgebung gegriffen werden. Wir stellen lediglich die Forderung, die bestehenden Tier- und Gewässerschutzgesetze korrekt und konsequent durchzusetzen. Dies würde genügen, um die auf unerwünschte Art produzierenden Betriebe stillzulegen. Zudem sind die heute schon in Artikel 19 c des Landwirtschaftsgesetzes vorgesehenen Massnahmen zur Förderung der kleinen und mittleren Bauern in der Praxis voll anzuwenden.»

Geht aus den bisherigen Ausführungen bereits die Stossrichtung des Programmentwurfs hervor, so wird diese noch verdeutlicht durch Abschnitte wie: «Gemeinsames Merkmal aller Betriebe soll die Abstützung der Produktion auf die eigene Nutzfläche und die Ausrichtung der Produktionsweise auf die natürlichen Kreisläufe sein. Einseitig und unter Einsatz hoher Kunstdüngerbeigaben und grosser Mengen importierter Futtermittel und chemischer Hilfsstoffe produzierende Betriebe lehnen wir ab,» und «Wir stellen uns vor, dass die Betriebe eines Dorfes oder einer Region sich zusammenschliessen, sowohl zum gemeinsamen Einkauf der Produktionsmittel als, wo ratsam und möglich, auch zum Verkauf ihrer Produkte.»

Bergbauern

Zur Berglandwirtschaft wird auf die Thesen und das Konzept der Berggebietskommission der SPS hingewiesen und lediglich festgehalten, dass eine Politik für die Berglandwirtschaft nur innerhalb einer umfassenden Regionalpolitik erfolgreich sein kann.

Futtermittelimporte

Die Futtermittelimporte sollen nur folgende Funktionen haben: Überbrückung von Versorgungslücken (z.B. bei Trockenheit) und für eine sinnvolle und notwendige Ergänzung der im Inland produzierten Futtermittel.

Neben Massnahmen gegen die Verschuldung werden ein verbesserter Kündigungsschutz für die Pächter gefordert, und ein Abschnitt enthält Vorschläge, wie die Partnerschaft zwischen Bäuerin und Bauer verbessert werden könnte.

Wichtig: Forschung, Ausbildung und Beratung

Die Forschung soll sich in den Dienst einer im Entwurf umrissenen Landwirtschaft stellen. «Die Forschungsprojekte sind ausschliesslich am Zwecke zu orientieren, auf kostengünstige Art qualitativ hochstehende und quantitativ befriedigende Nahrungsmittel zu produzieren. Dabei müssen umweltfreundliche und energiesparende Anbaumethoden im Mittelpunkt stehen. In der Ausbildung sollen junge Bäuerinnen und Bauern fachlich, persönlich und menschlich so gefördert werden, dass sie fähig sind, kritisch zwischen verschiedenen Möglichkeiten abzuwägen und das Leben auf dem Bauernhof optimal zu gestalten. In der Beratung soll vermehrt mit Varianten gearbeitet werden, damit der (die) Bauer (Bäuerin) zwischen diesen abwägen und wählen kann.

Aus der Sackgasse

Damit ist ein kleiner Einblick gegeben in die Ideen und Vorschläge der Landwirtschaftskommission der SPS. Sie hofft, dass das Programm ein Beitrag zur Diskussion über Agrar-, Konsumenten- und Umweltfragen bildet, Anstösse für die praktische Politik gibt und etwas beiträgt, um aus der Sackgasse der heutigen Agrarpolitik herauszukommen.